

Antrag zur Sitzung des Stadtrats am 06.05.2026

Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Es wird festgestellt, dass die Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) 2025 in fast 1.000 Fällen Strafanzeigen erstattet hat, obwohl der Stadtrat mit Beschluss vom 15. Mai 2024 den Aufsichtsrat der Mainzer Mobilität/Mainzer Verkehrsgesellschaft aufgefordert hat, sich dafür einzusetzen, auf Strafanzeigen wegen Fahrens ohne gültigen Fahrschein nach § 265a StGB zu verzichten.
2. Der Oberbürgermeister wird als städtischer Vertreter der Gesellschafterin der Mainzer Stadtwerke AG angewiesen, darauf hinzuwirken, dass die Geschäftsführung der MVG angewiesen wird, keine Strafanzeigen wegen Fahrens ohne gültigen Fahrschein nach § 265a StGB mehr zu erstatten.
3. Die Geschäftsführung der Zentralen Beteiligungsgesellschaft der Stadt Mainz mbH (ZBM) wird als Vertretung der Gesellschafterin der Mainzer Stadtwerke AG angewiesen, darauf hinzuwirken, dass die Geschäftsführung der MVG angewiesen wird, keine Strafanzeigen wegen Fahrens ohne gültigen Fahrschein nach § 265a StGB mehr zu erstatten.

Begründung

Nach § 265a StGB wird wegen dem Erschleichen von Leistungen mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, wer die Beförderung durch ein Verkehrsmittel in der Absicht erschleicht, das Entgelt nicht zu entrichten.

Das Fahren ohne Fahrschein kriminalisiert vor allem sozial Schwächere, da Geldstrafen oft in Ersatzfreiheitsstrafen münden, was unverhältnismäßig ist und die Justiz sowie Gefängnisse belastet. Bundesjustizministerin Hubig (SPD) und rechtspolitische Sprecher*innen der Fraktionen fordern eine Entkriminalisierung, da das erhöhte Beförderungsentgelt bereits eine zivilrechtliche Sanktion darstellt. Der Verzicht auf Strafanzeigen spart Ressourcen und setzt ein Zeichen für soziale Gerechtigkeit.

Mainz wäre mit der Regelung beim Anzeigen nicht alleine. „In Wiesbaden verzichtet man schon seit 2023 auf Anzeigen. Was damals in Frankfurt noch nicht denkbar war, wurde im September 2025 dann auch dort beschlossen.“

(<https://www.allgemeine-zeitung.de/lokales/mainz/stadt-mainz/trotz-beschluss-weiter-viele-anzeigen-wegen-schwarzfahrens-5547617>)

Strafanzeigen wegen z.B. Fälschung eines Fahrscheins, Beleidigung oder Körperverletzung im Rahmen der Kontrollen sollen weiter erstattet werden können.

Kolhey, Sascha
Fraktionsvorsitzender Volt Mainz